

Lehrer-Laptops: Schüler und Eltern kritisieren das „Gießkannenprinzip“

Der Bund will alle Lehrer in Deutschland bis Jahresende mit Endgeräten ausstatten / Schulleitungsverband Niedersachsen fordert, die Schüler mit in den Prozess einzubinden

Von Christian Harborth

Hildesheim. Der Bund will alle Lehrer in Deutschland bis Jahresende mit Dienst-Laptops ausstatten. Allein für den Raum Hildesheim plant er, Hunderttausende Euro in die Hand zu nehmen, damit jeder der Pädagogen ein Gerät im Wert von rund 600 Euro erhält. Dass es mit Digitalisierung generell vorangeht, loben im Prinzip alle. Aber an dem „Gießkannenprinzip“ etwa für Lehrer-Laptops gibt es in Hildesheim inzwischen auch heftige Kritik.

Die stammt vor allem von den Schülern und den Eltern. Maxim Unruh vom Hildesheimer Stadtschülerrat spricht von „rausgeschmissenem Geld“. Auch die Vorsitzende des Stadtelternrats, Kirstin Seidel, sieht die geplante Förderung kritisch. „Die zur Verfügung gestellten Arbeitsmittel sollten sich am Bedarf und der Verwendungsmöglichkeit orientieren – und die sind bekanntlich nicht an allen Schulen gleich.“ Ansonsten bestehe die Gefahr, dass gut gemeinte Investitionen völlig ungenutzt blieben, obwohl das Geld an

anderer Stelle dringend benötigt werde.

„Die meisten Lehrer haben bereits ein Tablet oder einen Laptop, mit dem sie in den Schulen arbeiten“, sagt Unruh. Zudem seien die 600 Euro pro Gerät eher knapp kalkuliert – vor allen dann, wenn Lehrer von Schulen ausgestattet werden sollen, die komplett auf Apple-Tech-

nik setzen.

Seine eigene Schule, das Michelsengymnasium, verwendet fast ausschließlich Apple-Geräte wie iPads oder Apple-TV. Die Leiterin der Michelsenschule, Susanne Brandes, bestätigt das. „Viele unserer Lehrer haben sich bereits Geräte auf eigene Kosten angeschafft“, sagt sie. Anfragen, was noch benötigt werde, mit

welchen Systemen die Schule arbeite oder wie die Voraussetzungen beim WLAN seien, habe es im Zusammenhang mit den geplanten Lehrer-Laptops bisher keine gegeben.

Der Stadtschülerrat hat die Sorge, dass das Geld des Bundes an vielen Stellen aus dem Fenster geworfen wird, statt es sinnvoll einzusetzen. „Wir fordern eine Kaufprämie für digitale Endgeräte für Lehrkräfte und für die Schülerschaft“, sagt Unruh. Dies bringe den Vorteil, dass individuell geguckt werden könne, welche Geräte sich am ehesten lohnen.

Letzteres fordert auch René Mounajed vom Schulleitungsverband Niedersachsen. Man müsse sehr genau und differenziert schauen, was die jeweilige Schule benötige. Die Schüler sollten zudem in den Prozess einbezogen werden. „Ich freue mich sehr darüber, dass unser Dienstherr auf die Idee gekommen ist, uns noch besser auszustatten“, sagt Mounajed, der gleichzeitig Leiter der Robert-Bosch-Gesamtschule ist. „Aber ein Gießkannenprinzip sollten wir auf jeden Fall vermeiden.“



Schon vielfach Standard an der Robert-Bosch-Gesamtschule: Lehrerin Luisa Oelmann mit iPad im Unterricht.

FOTO: CHRIS GOSSMANN